



PASS EGAL WAHL AN SCHULEN 2022

KONTAKT SOS MITMENSCH:

E-Mail: pass-egal-wahl@sosmitmesch.at | Telefon: +43 1 524 99 00

Ergebnisse der PASS EGAL WAHL 2022 für die Wahl des Bundespräsidenten

am Musischen Gymnasium Salzburg

5.10.2022

Kandidat	Stimmen und % der nicht österreichischen Staatsbürger:innen		Solidaritätsstimmen und % der österreichischen Staatsbürger:innen		Stimmen und % gesamt	
Michael Brunner	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Gerald Grosz	1	4,55 %	1	0,94 %	2	1,6 %
Walter Rosenkranz	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Heinrich Staudinger	0	0 %	8	7,55 %	8	6,25 %
Alexander Van der Bellen	17	77,27 %	75	70,75 %	92	71,87 %
Tassilo Wallentin	0	0 %	1	0,94 %	1	0,78 %
Dominik Wlažny	4	18,18 %	21	19,81 %	25	19,53 %
	22	99,99%	106	99,99%	128	99,99%

PASS EGAL WAHL AN SCHULEN:

HINTERGRUNDINFOS, ANLEITUNG UND UNTERRICHTSMATERIAL

WAS IST DIE PASS EGAL WAHL?

Mehr als eine Million Menschen in Österreich sind von Wahlen ausgeschlossen, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Demokratie lebt aber von Beteiligung, nicht von Ausschluss. Deshalb hat SOS Mitmensch 2013 die Pass Egal Wahl ins Leben gerufen. Diese findet regelmäßig in Bezug zu Wahlen auf Bundes- oder Landesebene statt. Bei Pass Egal Wahlen können jene Menschen im Wahlalter ihre Stimme abgeben, die auf Grund ihrer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft von der jeweiligen offiziellen Wahl ausgeschlossen werden. Zur Abstimmung stehen die Parteien, die zur jeweiligen Wahl antreten. Die offiziellen Wahlen werden durch die Pass Egal Wahlen gewissermaßen ergänzt.

Viele Jugendliche, teilweise hier geboren und aufgewachsen, erreichen das Wahlalter und dürfen sich nicht an Wahlen beteiligen. Sie hören im Unterricht von den demokratischen Aufgaben eines Bürgers, einer Bürgerin, bleiben jedoch von der Praxis ausgeschlossen.

SOS Mitmensch und das Zentrum für Politische Bildung an der PH Wien haben ein Konzept zur Durchführung einer

Pass Egal Wahl an Schulen entwickelt und bieten dieses interessierten Schulen an. Damit wird der immer größer werdende

Anteil jener Schüler*innen berücksichtigt, die mit ihrem 16. Geburtstag nicht das Wahlrecht erhalten. Das Wahlrecht ist in Österreich auf fast allen Ebenen an die Staatsbürgerschaft gekoppelt. Gleichzeitig hat Österreich eines der restriktivsten und sozial ausgrenzendsten Einbürgerungssysteme Europas. Das wiederum führt dazu, dass hier lebende Menschen z.B. aufgrund ihrer ökonomischen Situation dauerhaft vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben.

Mit der Pass Egal Wahl an Schulen wird den Schüler*innen ermöglicht,

- **ihr Bewusstsein für das demokratiepolitische Problem des Wahlausschlusses großer Teile der Wohnbevölkerung eines Landes zu sensibilisieren.**
- **faktenbasiert zu einem eigenständigen politischen Urteil zu kommen.**
- **im Sinne der Handlungsorientierung das Angebot aufzugreifen, im Rahmen der freiwilligen Teilnahme an der Pass Egal Wahl einen Wahlprozess zu durchleben.**

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

WAHLRECHT, STAATSBÜRGERSCHAFT, WAHLAUSSCHLUSS

WAHLRECHT

Die Geschichte des österreichischen Wahlrechts ist die einer **langsamen und schrittweisen Demokratisierung**. Jede Ausweitung des Wahlrechts musste **hart erkämpft** werden. Lange Zeit wurden Menschen, die **nicht genug besaßen oder verdienten** vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ebenso waren lange Zeit Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Erst 1918 erlangten Frauen das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Im Jahr 2007 wurde das **Wahlalter von 18 auf 16 Jahre** abgesenkt. **Entgegen dieser Geschichte** einer zunehmenden Gleichberechtigung und Demokratisierung, **steigt in den letzten Jahren wieder der Anteil an Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.**

STAATSBÜRGERSCHAFT

Der wachsende Anteil an Menschen, die von Wahlen ausgeschlossen sind, hängt mit zwei Faktoren zusammen: Zum einen mit der strikten **Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft** und zum anderen mit den extrem hohen rechtlichen und finanziellen **Hürden zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft**. Wer etwa ein zu niedriges Einkommen hat oder eine zu niedrige Pension bezieht, bleibt von der Einbürgerung und damit auch von demokratischen Rechten ausgeschlossen – **oftmals ein Leben lang**. Über die Hintertür der strengen Einbürgerungsbestimmungen hat sich somit wieder etwas eingeschlichen, was eigentlich überwunden geglaubt war: der **Ausschluss von Menschen mit keinem oder geringem Einkommen vom Wahlrecht**.

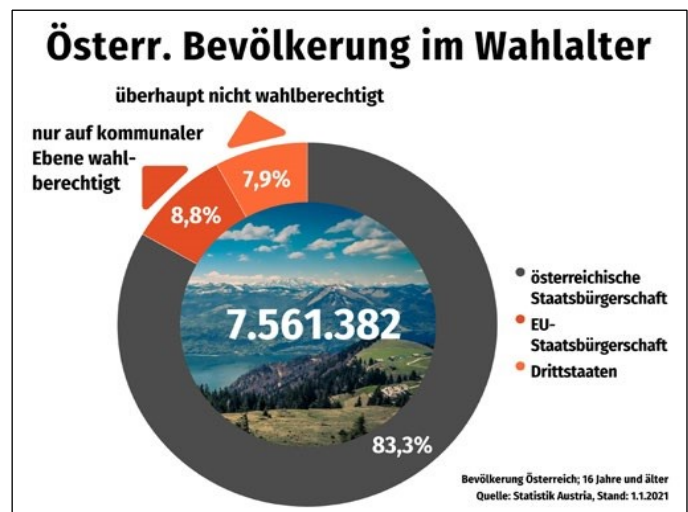
WAHLAUSSCHLUSS

Der Statistik Austria zufolge lebten am 1. Jänner 2021 insgesamt 1.531.072 Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Davon sind **1.264.126 Personen** über 16 Jahre alt, und wären damit im wahlberechtigten Alter. Das heißt, dass die Interessen von deutlich **mehr als einer Million Menschen** in Österreich durch Wahlen auf Bundes- und Landesebene nicht repräsentiert sind.

Beim Blick auf die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria zeigt sich außerdem das **enorme Wachstum des Wahlausschlusses**. 1990 waren 4,95 Prozent der in Österreich lebenden Menschen im wahlberechtigten Alter aufgrund ihrer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen. 2021 liegt dieser Anteil bei 16,72 Prozent. Die WahlausschlussSchere geht also immer weiter auseinander. **Der Anteil der Nichtwahlberechtigten hat sich in den letzten 30 Jahren mehr als verdreifacht!**

Die **Pass Egal Wahl** thematisiert **dieses Auseinanderdriften von Gesamtbevölkerung und Wahlberechtigten** und ermöglicht im Schulkontext den jugendlichen Nichtstaatsbürger*innen die aktive Teilnahme an der Wahl.

Weiterführende Infos zur Pass Egal Wahl: www.sosmitmensch.at/faq-pass-egal-wahl



1,1 Millionen in Österreich ohne Wahlrecht: Verträgt das die Demokratie?

Immer mehr Menschen dürfen bei Nationalratswahlen nicht wählen, weil sie keine österreichischen Staatsbürger sind. Die Hürden, um Inländer zu werden, bleiben für viele unüberwindbar hoch

Wenn der Berufsschullehrer Peter Larndorfer in einer seiner Klassen über Demokratie und den Wert von Wahlen spricht, steht er regelmäßig vor einer kniffligen Aufgabe. Larndorfer unterrichtet politische Bildung in der Berufsschule für Gastgewerbe in der Wiener Längenfeldgasse. Er kann nicht einfach sagen, dass Demokratie bedeutet, dass jeder mitbestimmen darf.

Denn wenn er fragt, wer in seiner Klasse wahlberechtigt ist, scheiden regelmäßig ein Drittel bis die Hälfte seiner Schüler aus. Was ihnen fehlt? Die österreichische Staatsbürgerschaft. Larndorfers Schüler haben oft Migrationshintergrund und sind häufig türkische, serbische oder bosnische Staatsbürger, selbst wenn sie mitunter schon zehn Jahre oder länger in Wien leben.

Larndorfers Erfahrung lässt sich mit Zahlen belegen. In Wien sind inzwischen 29,5 Prozent der Bevölkerung im wahlfähigen Alter, also bald jeder Dritte, von Nationalratswahlen ausgeschlossen, weil sie keine Österreicher sind. National betrifft das rund 1,1 Millionen Menschen oder fast 15 Prozent der möglichen Wähler.

Möglichkeiten der Einbürgerung

Der Anteil der Ausgeschlossenen steigt seit Jahren stetig [...] Österreich ist eines der wenigen Einwanderungsländer, in denen Kinder, die hier geboren werden, nicht automatisch Österreicher sind. Deutschland hat das beispielsweise im Jahr 2000 geändert. Es reicht, wenn ein Elternteil seit acht Jahren im Land lebt. In Österreich müssen auch die Kinder den Amtsweg durchlaufen.

Wann besteht nun die Möglichkeit der Einbürgerung? Im Regelfall nach zehn, in Ausnahmen nach sechs Jahren. Diese Jahre zu erreichen ist nur ein Problem. Denn die Liste der eingezogenen Hürden ist lang: Das beginnt damit, dass man die in Österreich verlebte Zeit nicht unterbrechen darf. Dann gibt es die finanziellen Fragen. Anwärter müssen nachweisen, dass sie sich selbst erhalten können. Dazu müssen sie belegen, dass sie in den vergangenen drei von sechs Jahren zumindest ausreichend Einkünfte bezogen haben.

Der genaue Wert variiert. Für eine Einzelperson waren dies zuletzt monatlich 933,06 Euro netto, für ein Ehepaar 1398,97 Euro. Der Betrag erhöht sich für

jedes Kind. Auch wer regelmäßig Miete, Betriebs- und Stromkosten oder Unterhalt zu bezahlen hat, muss ein höheres Einkommen nachweisen.

Laut Berechnungen des Politologen Gerd Valchars hat das eine „stark ausschließende Wirkung“. Bezieht man die Kosten für Energie und Wohnen als regelmäßige Aufwendungen mit ein, verdienen mehr als 30 Prozent aller angestellten Frauen und mehr als 60 Prozent aller Arbeiterinnen in Österreich zu wenig, um eine Chance auf eine Staatsbürgerschaft zu haben. Selbst viele Österreicher könnten diese Hürde nicht nehmen. [...]

Von der Staatsbürgerschaft entkoppelt

Die Frage ist, ob das demokratiepolitisch ein Problem ist. Immerhin sind rund die Hälfte der ausländischen Staatsbürger EU-Bürger. Sie können auf Ebene ihrer Gemeinde, in Wien ihres Wohnsitzbezirks, mitwählen. Aber: Politisch am bedeutendsten sind die Nationalratswahlen, und da gilt der Ausschluss für alle Nichtösterreicher. [...] Es ginge auch anders. Neben der Möglichkeit, die Vergabe der Staatsbürgerschaften an weniger Bedingungen zu knüpfen, könnte das Wahlrecht von der Staatsbürgerschaft entkoppelt werden. In Chile, Uruguay, Ecuador, Neuseeland und Malawi dürfen ausländische Staatsbürger bei Parlamentswahlen wählen. In Neuseeland ist das sogar schon nach einem Jahr Aufenthalt möglich. Auf nationaler Ebene sind das Ausnahmen. Auf kommunaler Ebene gibt es eine Reihe von Ländern, die allen ausländischen Staatsbürgern nach einer Zeit das Wahlrecht geben. [...]

[Ein Punkt der] für eine Änderung spreche: „Der Haupteffekt ist, dass die Parteien dann um diese Stimmen werben und die Interessen vertreten werden“, sagt [Migrationsforscher Rainer] Bauböck. Geburtenrate und Zuwanderung werden dafür sorgen, dass der Anteil der Wohnbevölkerung ohne Wahlrecht weiter zunehmen wird: „Wenn diese Bevölkerungsgruppe weiter größer wird, muss man fragen: Wie repräsentativ ist dann die repräsentative Demokratie in Österreich noch?“

Georg Lauß [der politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Wien lehrt] ergänzt: „Man kann der Ansicht sein, dass es kein Problem ist, wenn 15 Prozent der Bevölkerung nicht wählen dürfen. Aber was ist, wenn es 20 oder 30 Prozent sind, wann ist also der Punkt erreicht, an dem wir nicht mehr von einer Demokratie sprechen können?“

„No taxation without representation“, keine Besteuerung ohne gewählte Vertretung: So lautete der Schlachtruf im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Dieses Prinzip gilt in Österreich jedenfalls nicht.